

PRESSEERKLÄRUNG

„Schulden – was tun?“

Bundesweiter Aktionstag der Schuldnerberatung am 14. Juni 2007

Am Donnerstag, den 14. Juni 2007, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) ihren jährlichen Aktionstag der Schuldnerberatung.

Unter dem Motto

Schulden – was tun?

werden Beraterinnen und Berater der Mitgliedsverbände der AG SBV bundesweit mit Aktionen wie die „Lange Nacht der Schuldnerberatung“, Info-Veranstaltungen, Diskussionen etc. auf die Notlagen überschuldeter Haushalte und die Notwendigkeit aufmerksam machen, der sozialen Ausgrenzung betroffener Familien und vor allem ihrer Kinder wirksamer zu begegnen.

Ausgrenzung findet mittelbar aber auch dadurch statt, dass Betroffene nur schleppend Zugang zu seriösen und qualifizierten Beratungsangeboten für verschuldete Menschen haben. Für über 3 Millionen überschuldete Haushalte stehen bundesweit lediglich 1.100 gemeinnützige Beratungsstellen zur Verfügung - mit der Folge, dass lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Lediglich 10 % bis 15 % der überschuldeten Haushalte können derzeit seriös beraten werden. Wie groß der Bedarf an qualifizierter Beratung real ist, demonstrierte kürzlich anschaulich „Stern TV“. Rund 20.000 Zuschauer versuchten am 11. April 2007 die für 1,5 Stunden frei geschaltete Hotline zu erreichen, nachdem zuvor eine Folge der RTL-Serie „Raus aus der Schuldenfalle“ ausgestrahlt worden war. Ist der Zugang zu seriöser Schuldnerberatung versperrt, reagieren Überschuldete in ihrer Not nicht selten auf die „Heilsbotschaften“ kommerzieller Finanzsanierer: „Bei uns gibt es keine Wartezeiten! Bei uns werden Sie in Nullkommanix entschuldet.“ Eine Lösung ihrer Schuldensituation haben sie hier allerdings nicht zu erwarten, vielmehr eine Verschärfung durch hohe, teilweise rechtswidrige Gebühren.

Seriöse Schuldnerberatung kostet den Staat nur auf den ersten Blick etwas. Auf den zweiten Blick hilft sie dem Staat Sozialausgaben einzusparen und spielt damit nebenbei die erhaltenen Finanzmittel wieder ein. Wissenschaftliche Studien haben nachgewiesen, dass überschuldete Haushalte bereits nach zwölfmonatiger Beratung (Durchschnittswert) stabilisiert sind, so dass die Ratsuchenden überdurchschnittlich häufig ihre Arbeitsplätze beibehalten oder wieder in Arbeit vermittelt werden können. Stress-Symptome und damit verbundene gesundheitliche Probleme verringern sich ebenfalls. Damit trägt Schuldnerberatung entscheidend dazu bei, dass überschuldete Haushalte vor der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen bewahrt bzw. von ihnen wieder unabhängig gemacht werden.

Angesichts der Ausweitung von Überschuldung in weiten Bevölkerungskreisen und deren gesamtgesellschaftliche Folgen – angefangen bei Ausfällen von Steuern und Sozialabgaben bis hin zum Kaufkraftverlust – müssen alle gesellschaftlichen Akteure zusammenrücken und gemeinsam konstruktive Lösungen erarbeiten. Auch die Bundesregierung muss zu diesem Thema stärker Flagge zeigen.

Die Verbände der AG SBV sehen deshalb folgenden Handlungsbedarf:

- Die Bundesländer und Kommunen müssen gerade im Interesse der nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in qualifizierte Schuldnerberatungsangebote investieren.
- Bei der Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen der Überschuldung müssen sich auch die Banken-, Handels- und Wirtschaftsverbände finanziell beteiligen.
- Im Bundeskabinett muss es eine klare politische Zuständigkeit für das Thema „private Überschuldung“ geben. Wegen der auf mehrere Bundesministerien verteilten Zuständigkeit zu Fragen der Ver- und Überschuldung muss die Bundesregierung für die sozialen Schuldnerberatungsverbände einen federführenden Ansprechpartner benennen.
- Es muss ein Recht auf ein „Girokonto für jedermann“ auf Guthabenbasis geben. Die bisherige freiwillige Selbstverpflichtung der Banken reicht, wie die Bundesregierung in ihrem aktuellen Bericht selbst feststellt, nicht aus. Auch die anstehende Reform des Kontopfändungsrechts wird den begrenzten Zugang zu Guthabenkonto nicht alleine lösen können.
- „Finanzielle Allgemeinbildung“ muss in Schulen Priorität erhalten; Finanzkompetenz muss zum Kernbestandteil nationaler Bildung werden.

Weitere Informationen sind zu finden unter
www.agsbv.de.

Berlin, den 11. Juni 2007

Heribert Rollik

Sprecher der AG SBV

c/o Deutsches Rotes Kreuz

Carstennstr. 58

12205 Berlin

Tel: 030-85404238

Fax: 030-85404468

Ansprechpartner in den Mitgliedsverbänden, über die auch Kontakte zu örtlichen Beratungsstellen hergestellt werden können:

Anita Morhard, AWO (anita.morhard@awo.org)

Cornelia Zorn, BAG SB (bag-schuldnerberatung@t-online.de)

Marius Stark, DCV (stark@skmev.de)

Eberhard Ewers, DPWV (gefaehrdetenhilfe@paritaet.org)

Heribert Rollik, DRK (rollik@drk.de)

Monika Burmester, DW (burmester@diakonie.de)

Helga Springeneer, vzbv (springeneer@vzbv.de)

Der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände gehören an:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e. V. (BAG-SB)

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. (DW EKD)

Deutscher Caritasverband e. V. (DCV)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV)